



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/86

Hannover, den 25. Juli 1949

Rückwärts oder vorwärts?

P.R. Für Deutschland und Europa ist die Zukunft wichtig, nicht die Vergangenheit. So ist auch die Frage, die kürzlich im Unterhaus behandelt wurde und ein so starkes internationales Echo auslöste, wer seinerzeit die Formel von der "bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands zuerst gebraucht habe, ziemlich zweitrangig, schon deshalb, weil sich aus ihrer Beantwortung in dem einen oder anderen Sinne heute bestimmt keine praktischen Weiterungen mehr ergeben werden.

Mr. Bevin freilich scheint seit einiger Zeit Gedankengänge zu bevorzugen, die von der Rückschau bestimmt sind. Besonders aufschlussreich waren seine Bemerkungen am 21. Juli im Unterhaus. Die veröffentlichten Textunterscheiden sich unwesentlich, eine kaum überbietbare Schroffheit Deutschland gegenüber ist ganz einheitlich. Einzelheiten sollen nicht wiederholt werden. Der Kern ist der: Bevin ist nach wie vor Deutschland gegenüber von starkem Misstrauen erfüllt, er tritt aus Sicherheitsgründen für konsequente Demontage ein. Die Form, in der er das tat, suchte diese Entscheidung nicht zu mildern, sondern gab ihr einen besonders scharfen Akzent.

Soll also, zum mindesten in der britischen Politik, ein neuer Vergeltungsabschnitt gegenüber Deutschland folgen - soweit er nicht schon eingesetzt hat - nachdem Ansätze einer grosszügigen und dankenswerten Hilfe ein erster Schritt zu Vernunft und Ausgleich waren? Die deutschen Experten glauben nachgewiesen zu haben, dass die Ablehnung der Demontagepolitik in ihrer bisherigen Form nicht einem politischen Prestigebedürfnis, sondern einer unerlässlichen wirtschaftlichen Notwendigkeit - einer europäischen - entspringt und viele hochangesehene ausländische Sachverständige unterstützen diesen Standpunkt, vorallem in den USA, so der Humphrey-Ausschuss, der nach Bevins Worten "monatelang in Europa umherreiste und nur die Ausführung einer beschlossenen Sache unnötig hinauszögerte." Als Führer einer Gruppe von anderen amerikanischen Politikern hat dieser Tage der Senator Malone die Demontage einen "wirtschaftlichen Unsinn" genannt und die Engländer beschuldigt, die Zerstörung der Ruhrindustrie anzustreben, nicht aus Gründen der Friedenssicherung, sondern um sich eine lästige Konkurrenz vom Halse zu schaffen."

Es ist auch immer wieder und durchaus nicht allein von deutscher Seite auf die Gefahr einer politischen Radikalisierung in Deutschland durch diese mit dem Sicherheitsanspruch verbrämte Politik der wirtschaftlichen Niederhaltung hingewiesen worden, zu der eine erwiesene Hilfsbereitschaft in keinem Widerspruch steht, denn ein Almosengeben und ein Auf-die-Beine-Helfen sind zweierlei Dinge. Das konsequente Ausserachtlassen der Warnungen vor solcher Radikalisierung kann nur damit erklärt werden, dass dem britischen Aussenminister die Folgen gleichgültig sind - eine erstaunliche Verkennung ihrer tatsächlichen Bedeutung.

In England wie in Frankreich werde, so heisst es in manchen ausländischen Berichten, die Entwicklung in Deutschland mit Misstrauen und Bofremdenverfolgt. Tatsächlich geht diese Entwicklung ganz überwiegend auf solche Fehlgriffe der englisch-französischen Politik zurück. Man schafft selbst die Voraussetzungen einer Situation, die man befürchtet - ein tragisches Nichtbegreifen oder absichtliches Übersehen des Zusammenhangs von Ursache und Wirkung. Wenn Mr. Bevin, wie er sagt, "nicht bereit ist, Deutschland als möglichen Angreifer abzuschreiben", wie glaubt er dann eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der europäischen Nationen einschliesslich Deutschlands erreichen zu können, die auch nach früheren Worten von ihm unerlässlich ist für den Bestand Europas? Und die auch für die Amerikaner unerlässlich ist, wenn ihnen eine weitere Hilfe für dieses Europa sinnvoll erscheinen soll? Sie selbst haben das immer wieder durch ihre berufensten Sprecher klar gemacht.

Erschwerend kommen verschiedene Berichte über eine recht auffällige wirtschaftliche Wiederannäherung Grossbritanniens an die Sowjetunion hinzu, auch über die beabsichtigte Wiederaufnahme bedeutender Reparationslieferungen an Russland. Erst vor kurzen hat man von Westen her Deutschland vor einer neuen "Rapallo-Politik" gewarnt, heute tritt an die Stelle dieser Befürchtung die Gefahr einer "Rapallo-Politik" der Engländer und vielleicht auch der Amerikaner. Hier setzt das deutsche Misstrauen ein, da man fürchten muss, dass solche Politik auf deutsche Kosten gehen wird. Man hat schliesslich Berichte gelesen, wonach in einem englisch-russischen Geheimabkommen der gegenwärtige Zustand der Teilung Deutschlands sanktioniert worden sei - nach dem Ausgang der Pariser Konferenz gewiss kein absurder Gedanke.

Alle diese Möglichkeiten sind ein sehr schlechter Auftakt zu dem Zusammentreten des Europa-Rates in Strassburg im August. Wenn man in Deutschland mit solchem Nachdruck auf eine Politik der vorbehaltlosen europäischen Zusammenarbeit drängt, dann tut man das nicht, weil man die vergangene Schuld der bewussten zwölf Jahre und ihre Wiedergutmachung vergessen hat oder vergessen machen will. Doch ist es eine Frage der europäischen Existenz, dass vor allem einmal das Land krisenfest gemacht wird, das dem russischen Zugriff nach wie vor am nächsten liegt. Zu Europa aber gehört auch Grossbritannien. Es war ein Konservativer, der im Unterhaus erklärte, "wir wären töricht, wenn wir uns bei allen unseren aussenpolitischen Erwägungen nicht das ungeheure Vordringen der sowjetischen Macht in Mittel- und Osteuropa vor Augen halten." Der Aussenminister der Labour-Party hat sich offenbar zu diesem Punkt der Erkenntnis noch nicht durchgerungen.

Koos Vorrink über religiös-konfessionelle Probleme

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

K.V. Gesundheitlich vollkommen wiederhergestellt, ist Koos Vorrink, der Vorsitzende der holländischen "Partei der Arbeit", neulich von Dänemark wiedernach Holland zurückgekehrt. Bei der Rückkehr benutzte er ein Flugzeug, ein Zeichen dafür, dass auch die Schockwirkung des Absturzes überwunden wurde. Bekanntlich war Vorrink, der am 17. Januar dieses Jahres nach Oslo fliegen wollte, mit dem Flugzeug auf dänischem Boden abgestürzt. Alle Insassen wurden auf der Stelle getötet. Nur Vorrink konnte in schwerverletztem Zustand geborgen werden und es war zu Beginn zweifelhaft, ob sein Leben zu retten war. Fünf Monate lag er in einem Krankenhaus an der Ostküste von Falster und hielt sich in den letzten Wochen zur Rekonvaleszenz in einem dänischen Sanatorium auf.

In einem interessanten Abschiedsinterview mit dem dänischen Regierungsorgan "Social-Demokraten" geht Vorrink auch auf die konfessionellen und religiösen Probleme seines Landes ein. Er meint, man könne in dieser Frage keine Vergleiche zwischen Holland und den nordischen Ländern ziehen. In Holland werde die Bevölkerung, nicht zuletzt, die Arbeiterklasse, durch konfessionell-religiöse Verhältnisse gespalten. Die katholische Partei ist die grösste Partei des Landes und nimmt 33 von den 100 Plätzen des Reichstages ein. Die "Partei der Arbeit" ist mit 27 Sitzen im Parlament die zweitstärkste. Es gibt drei protestantische Parteien und drei verschiedene Gewerkschaften, nämlich als grösste die von der "Partei der Arbeit" geleitete, eine katholische und eine protestantische. Bei der Beurteilung der politischen Verhältnisse in Holland müsse man diese so umfassende Aufteilung in Betracht ziehen. "Bei uns", sagt Vorrink, "ist alles aufgeteilt; selbst die Vereinigungen für die Ziegenzucht".

"Ist", so fragte der Vertreter des dänischen Regierungsorgans, "die holländische Partei der Arbeit durch diese Spaltung zu einer antireligiösen Haltung genötigt?"

"Nein, in keiner Weise", lautet die Antwort Vorrinks. "Innerhalb unserer Partei gibt es eine katholische Vereinigung, die eine eigene Monatsschrift herausgibt. Gleichfalls haben wir eine protestantische Vereinigung. Wir haben überhaupt mit nicht geringem Erfolg versucht, diese Spaltung nach religiösen Anschauungen zu überwinden. Wenn man vor dem Kriege die Frage stellte: Kann ein orthodoxer Protestant Sozialdemokrat sein, wurde diese Frage mit einem absoluten Nein beantwortet. Heute wird diese Frage diskutiert und allein diese Tatsache ist ein grosser Fortschritt. Von unseren 27 Reichstagsabgeordneten sind drei überzeugte Katholiken. Vor dem Kriege wären überzeugte Katholiken als sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in unserem Lande ganz undenkbar gewesen."

Koos Vorrink spinnt seinen Gedanken weiter aus. "Diese Spaltung ist nicht etwas Spezielles für Holland, sondern ein Problem europäischer Perspektive. In Ländern wie Holland, Belgien, Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Österreich und Italien können wir in überblickbarer Zukunft keine stabilen Regierungsverhältnisse schaffen, wenn es nicht zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Humanisten und gläubigen Christen, das heisst in der Praxis zwischen Sozialdemokraten und Katholiken kommt. Deswegen arbeiten wir auch daran, die Verbindung mit fortschrittsfreundlichen katholischen Kreisen aufrecht zu erhalten und als ein Glied in diesen Bestrebungen nahmen wir im letzten Herbst an einer Konferenz in Düsseldorf mit Katholiken teil, von denen einige der deutschen Sozialdemokratie angehörten, andere der Zentrumspartei, während einige parteilos waren. Unter den Konferenzteilnehmern befanden sich auch zwei Dominikanermönche.

Auf dieser Konferenz erörterten wir in drei Tagen die verschiedensten Probleme und wir erlebten, dass Teilnehmer der Konferenz das Wort ergriffen und erklärten: Wir sind Sozialdemokraten, aber wir fordern eine sozialdemokratische Partei, die uns die Möglichkeit gibt, unseren katholischen Glauben zu bewahren und zu pflegen. Auf konfessionell-föderalistischer Grundlage und bei Beachtung weitgehender Toleranz wird man - davon bin ich überzeugt - vieles in der Zusammenarbeit zwischen Humanisten und Christen erreichen."

Zweigleisige sowjetische Kirchenpolitik

In den Volksdemokratien nimmt der Kampf gegen alle Kirchen immer schärfere Formen an und offenbar hat er jetzt auch auf die Ostzone Deutschlands übergegriffen. Aus der Sowjetunion aber kam unlängst die Nachricht, dass die orthodoxe Kirche jetzt eine grössere Aktivität entfaltet und nun dazu übergegangen ist, die katholische Kirche in den Baltentstaaten zu sich heranzuziehen, um sie von Rom zu trennen und allmählich aufzusaugen.

In den Satellitenstaaten also Kirchenverfolgungen, in der Sowjetunion selbst - Stärkung der Kirche! Manche Beobachter sind geneigt, darin einen inneren Widerspruch zu entdecken und doch ist das ganze nur ein kluger Schachzug Moskaus und ein wichtiges Mittel der sowjetischen Massenherrschaft.

In der Sowjetunion ist die jetzige grössere Freiheit der Kirche nicht nur ein Erfolg der entsagungsvollen Rolle, die Metropolit Sergius seit 1927 unter dauernden Anfeindungen und Bedrohungen seitens der Kommunisten gespielt hat. Die Wandlung der Sowjets in ihrer Einstellung zur Kirchenfrage im eigenen Lande datiert aus dem Krieg und hat zwei Gründe: Einmal erkannten sie, dass der älteren Generation ihr Glaube noch sehr viel bedeutete und dass sie in den

25. Juli 1949

Leiden und Entbehrungen des Krieges stärker als bisher einen Halt bei Gott suchte. Die Sowjets sahen damals ein, dass es töricht sei, gegen diese geistige Macht anzukämpfen, zumal hinter der Front im deutschen Besatzungsgebiet alles geschah, um die religiösen Kräfte im antisowjetischen Sinne zu stärken.

Zweitens konnten die Kommunisten sich sagen, dass für die Generation, die unter ihrer Herrschaft herangewachsen war, keine Gefahr mehr bestand, dass sie der Kirche irgendwelchen Einfluss auf sich selbst zugestand. Für diese jungen Menschen ist der religiöse Kult nur noch ein absterbendes Überbleibsel einer überwundenen Zeit, über das sich ausgezeichnet debattieren lässt, ohne dass dabei innere Saiten mit anklingen. Die sowjetische Staatsführung konnte also feststellen, dass sie das Ziel ihrer Politik gegenüber der Kirche, diese wichtige Stütze des Zarentums zu zerschlagen, im Grossen erreicht hatte und dass nun der Augenblick gekommen war, wo man die noch vorhandenen Kräfte an den sowjetischen Staat binden musste. Dabei hatte man nach aussen noch den Vorteil, dass die Weltöffentlichkeit die neue Anerkennung der Kirche begrüßte, und die rechtgläubige Kirche zugleich die alte Forderung erheben konnte, Führerin aller orthodoxen Kirchen zu werden.

So kam es zu dem überraschenden Empfang des Metropoliten von Leningrad, Alexius, durch Stalin im Dezember 1943, womit die neue Kirchenpolitik eingeleitet wurde. Die grossartigen Feiern im Juli v. Js. aus Anlass des fünfhundertjährigen Bestehens der orthodoxen Kirche waren die logische Weiterentwicklung. Dass damals zur gleichen Zeit, als das sowjetische Regierungsblatt "Iswestija" das kirchliche Jubiläum feierte, das Parteiorgan "Pravda" und die Jugendzeitung "Komsomol" für einen kompromisslosen Atheismus der Kommunisten eintraten, ist nur ein besonders klarer Beweis für die Regie durch das Politbüro. In den sowjetischen Satellitenstaaten aber muss die Kirche erst völlig zerbrochen werden und zur Bedeutungslosigkeit herabsinken, ehe man ihr ein bescheidenes Dasein in Abhängigkeit vom kommunistenhörigen Patriarchen von Moskau gewähren wird. Denn so nur wird die Erziehung der Jugend zum Atheismus vollzogen. Die Jugend aber ist die Zukunft. (b/B75/l/he) - - - - - A.W.

Erste Erfahrungen

=====

(sp) Der erste Teil des Wahlkampfes ist vorüber. In wenigen Tagen werden die Parteien, wenn man so sagen darf, zum Endspurt ansetzen, denn nach alter Erfahrung liegt das Schwergewicht einer Wahl-Auseinandersetzung in den letzten zwei Wochen vor dem entscheidenden Termin.

Schon die erste Versammlungswelle hat für die Sozialdemokratie durchaus positive Erfahrungen gebracht. Natürlich wird dabei nicht übersehen, dass die Atmosphäre einer Wahlversammlung immer sehr stark das Gepräge der einladenden Partei trägt. Aber für erfahrene Versammlungspraktiker gibt es viele Zeichen, aus denen sich recht zuverlässige Rückschlüsse auf die geistige Verfassung der eigenen Anhänger-

schaft und auch auf die der anderen Parteien ziehen lassen, die durch Diskussionsredner oder Zwischenrufer zu Worte kommen.

Die sachlichen Interessengebiete und die Beweisführungen in einem Wahlkampf unterscheiden sich natürlich auch nach landwirtschaftlichen und örtlichen Gegebenheiten. Die Problemstellung ist in sehr wichtigen Fragen etwa in Süd-Württemberg ganz anders als in Schleswig-Holstein, in Niederbayern anders als in Westfalen. Aber es gibt auch durchgehend interessierende Themen, und das sind nach übereinstimmender Beobachtung der sozialdemokratischen Redner in erster Linie Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Der von gewissen Kreisen behauptete weitgehende Mangel an politischem Interesse und an den Parteien steht in einem offenkundigen Gegensatz zu dem durchweg sehr starken Besuch sozialdemokratischer Versammlungen und der angespannten Aufmerksamkeit, mit der die Ausführungen der Redner verfolgt wird. Eine allgemeine Erscheinung ist vor allem die sehr viel stärkere Resonanz, die die sozialdemokratische Opposition gegen die Wirtschaftspolitik Professor Erhards findet, d.h. sehr viel stärker im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen im vergangenen Herbst. Das ist begreiflich - denn während damals die Freude über den Wandel der Dinge an sich, vor allem über die neugewonnene Kaufkraft des Geldes, im Vordergrund stand, haben sich für die Mehrzahl der Menschen inzwischen die Schattenseiten einer Entwicklung bemerkbar gemacht, die unbestreitbar eben auf die Anwendung der Prinzipien einer reinen Verdienstwirtschaft durch Professor Erhard zurückgehen.

Für die Unsicherheit, die vielfach in CDU-Kreisen bei der Beurteilung der eigenen Wahlausichten herrscht, ist übrigens eine kürzliche Äußerung des "Deutschland-Union-Dienstes" aus München bemerkenswert, in dem davon gesprochen wird, dass man in Münchener politischen Kreisen mit einem gewissen Stimmenverlust der CDU rechne. "Dabei wird sogar die Möglichkeit ins Auge gefasst, dass die SPD die stärkste Partei werden könnte." Wenn das an dieser Stelle ausgesprochen wird, dann sagt das genug.

Völlig ausser Kurs ist nach den bisherigen Erfahrungen die KP. Immer wieder konnte man den gleichen Vorgang beobachten: Wo ein Redner der KP das Wort nahm, traten ihm ehemalige Kriegsgefangene entgegen, oder auch Menschen, die bis vor kurzem in der Ostzone galbt hatten und die mit einfachen, von eigenem Erleben eingegebenen und deshalb besonders überzeugenden Worten schilderten, wie es im "Vaterland der Arbeiter" und seiner ostdeutschen Dependence, der Ostzone, aussieht. (m/1/257/1/ho)

- - - - -

Die Rechte sammelt sich

(sp) Über eine interne Konferenz verschiedener Rechtsgruppen Anfang Juli in Frankfurt am Main werden erst jetzt einige Einzelheiten bekannt. Sie sind gewiss nicht sensationell, aber für die Zusammensetzung dieser politischen Kreise doch bezeichnend. 15 Delegierte aus folgenden fünf Gruppen nahmen teil: aus der "Sammlung zur Tat", der "Deutschen Union", einem sogenannten "Freundschaftsbund", den

"Unabhängigen oppositionellen Sozialisten" und dem Heimatvertriebenenbund.

Von diesen Gruppen scheint die "Sammlung zur Tat", abgesehen von der ja seit längerem bekannten "Deutschen Union", die besten Verbindungen und die relativ grösste Verbreitung zu haben. Diese Gruppe hatte schon einen Monat vor der erwähnten Versammlung in Frankfurt/M. eine hochtrabend "Reichskongress" genannte Tagung in Worms abgehalten, an der etwa 80 Personen beteiligt waren. Die Gruppe "Sammlung zur Tat" besteht zu einem Teil aus ehemaligen Mitgliedern der "Schwarzen Front" und hat Verbindungen zu Otto Strasser. Wer diese "Sammlung zur Tat" finanziert, konnte noch nicht mit Bestimmtheit ermittelt werden. Sicher sind jedoch bestehende Verbindungen zur SMA in Karlsdorf. Als führender Mann ist ein Herr Steinfeld in Villingen im Schwarzwald anzusprechen. Die Gruppe der "oppositionellen Sozialisten" besteht im wesentlichen aus dem in letzter Zeit häufiger genannten Herrn von Machui, der auch in Frankfurt/M. zugegen war und der vor kurzem aus der SPD ausgeschlossen worden war. (m/1/257/1/he)

D i e S P D i m R u n d f u n k

(sp) Wir weisen auf die folgenden Sendungen der SPD über verschiedene westdeutsche Rundfunkstationen hin:

- 29.7. Ulare Doshring oder Victor Renner (Wirtschaftsminister in Südwürttemberg) 19,37 Uhr bis 19,44, Radio STUTTGART
- 30.7. Louise Schröder, 21,55 Uhr bis 22,03 Sender BERLIN
- 2.8. Carlo Schmid, 19,37 - 19,44 Uhr, Radio STUTTGART
- 4.8. Carlo Schmid, 18,50 - 18,58 Uhr, Radio KÖLN
- 5.8. Zehn-Minuten-Rundgespräch mit Willi Richter, Wenzel Jaksch, Pfarrer Merten und Mitsche, Kassel, für Flüchtlinge, Heimkehrer und Körperbeschädigte, 18,30 bis 18,40, Radio FRANKFURT
- 6.8. Waldemar von Knoeringen, 20,15 Uhr, BAYERISCHER RUNDFUNK
- 7.8. Diskussion am runden Tisch über "Jugend und Wahlen" zwischen den vier Parteien, SPD-Sprecher Willi Birkelbach, RADIO FRANKFURT
- 8.8. Dr. Mücke oder Reitzner, 18,54 bis 19,00, BAYERISCHER RUNDFUNK
Wenzel Jaksch, 21,55 bis 22,03, NWDR SENDER HANNOVER
- 9.8. Dr. Schumacher, 19,30 bis 19,45, Sender STUTTGART
- 11.8. Dr. Schumacher, Pressekonzferenz, 21,15 bis 21,45 NWDR, Hannover
Dr. Schumacher, Zehn-Minuten-Gespräch, 18,30-18,40, FRANKFURT
- 12.8. Erich Ollenhauer, 18,50-18,58, NWDR, Sender Hannover
- 13.8. Diskussion am runden Tisch zwischen den vier Parteien, SPD-Sprecher August Zinn, Radio FRANKFURT

Verantwortlich: Peter Raunau